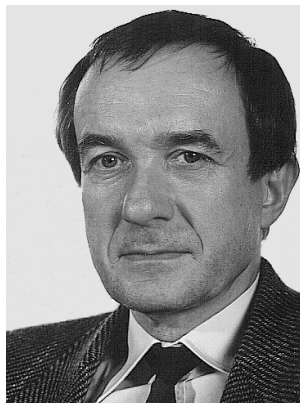


Jeder glaubt zu wissen, daß es bei dem in der IG Metall ausgebrochenen Machtkampf nicht nur um eine Personalfrage, sondern auch um eine Richtungsentscheidung geht. Stellt man aber die Frage, worin sich die „Traditionalisten“ und „Modernisierer“ in der Substanz unterscheiden, trifft man auf Ratlosigkeit. Es war daher hilfreich, daß der Bundeskanzler mit dem ungebeten Rat, die IG Metall möge sich die IG Bergbau, Chemie und Energie zum Vorbild nehmen, einen Stein in das unergründliche Wasser geworfen hat.

Vermutlich dachte der Kanzler dabei vor allem an die Haltung der beiden Gewerkschaften gegenüber seiner Agenda 2010. Während die Führung der IG BCE kritische Unterstützung zusicherte, rief die der IG Metall ihre Mitglieder am 1. Mai zum Protest gegen die Regierungspläne auf die Straße. Dieses aktuelle Beispiel repräsentiert indessen auch die grundsätzliche Haltung, die in den beiden Organisationen in der Auseinandersetzung mit der anderen Tarifvertragspartei, aber auch gegenüber der jeweils amtierenden Regierung, praktiziert wird. Die beiden Gewerkschaften unterscheiden sich keineswegs grundlegend in ihren Zielen. Beide sind pragmatisch auf die Durchsetzung der im Prinzip gleichartigen Interessen ihrer Mitglieder ausgerichtet. Die IG Metall vertritt aber die Theorie, daß sie ihre Forderungen nur im Kampf gegen die Arbeitgeber durchsetzen kann, während die IG BCE darauf setzt, Konflikte im Wege der Kooperation zu lösen.

Der Verzicht darauf, den Gegner zunächst in die Enge zu treiben, mag im Einzelfall dazu führen, daß die Gewerkschaft ihr Verhandlungspotential nicht ausschöpft. Vergleicht man jedoch die Performance auf lange Sicht, dann sind die Bergleute und Chemiarbeiter keineswegs schlechter als die Metallarbeiter. Durch ihr Vertrauen, daß die Pflege des sozialen



Hans-Hagen Härtel

Gewerkschaften am Scheideweg

Friedens langfristig mit einer „Friedensdividende“ belohnt wird, hat sich die IG BCE in der Tat als die modernere Gewerkschaft erwiesen. Und vermutlich ermöglicht die Haltung der Kooperation auch eine effizientere Wahrnehmung gemeinsamer Interessen im politischen Raum, insbesondere wenn man die Erfahrung nutzt, daß stiller Lobbyismus in der Regel wirksamer als der Druck der Straße ist.

Die volkswirtschaftliche Problematik der Kampfstrategie der IG Metall besteht darin, daß in den verschiedenen Phasen der Auseinandersetzung keine Waffengleichheit besteht. Zu Beginn eines Tarifkonflikts sind die Gewerkschaften stärker, weil es ihnen nach aller Erfahrung gelingt, die eigenen Reihen solidarisch zu schließen und unter den Arbeitgebern Zwietracht zu säen. Die Ächtung der Ausspernung, der Mißbrauch der Bundesanstalt für Arbeit als Streikkasse und die durch die Arbeitsgerichte legitimierte Verletzung der Friedenspflicht durch Warnstreiks haben dieses Machtgefälle noch schleichend zugunsten der Gewerkschaften verstärkt. Schließlich ist die Wirtschaft durch die zunehmende Vernetzung immer streikanfälliger geworden.

Die Schwäche des Arbeitgeberlagers in dieser Phase beruht

weniger auf einem Mangel an Kampfmoral als auf dem wachsenden Bewußtsein, daß die Unternehmer nach dem Tarifabschluß am längeren Hebel sitzen. Sie können unliebsame Tarifabschlüsse durch Rationalisierung, durch Standortverlagerung oder durch Auswechseln teurer und unzuverlässiger Zulieferer unterlaufen. Die Globalisierung und die Auflösung von integrierten Betrieben in vernetzte Produktionsstätten haben in dieser Phase das Machtgefälle zu Lasten der Gewerkschaften noch verstärkt.

Die wachsenden Asymmetrien machen die Kampfstrategie für die eigene Organisation immer mehr zu einem unkalkulierbaren Risiko, zumal jeder Tarifkonflikt - wie jeder Krieg - seine Eigendynamik entfaltet. Zudem wurde die Öffentlichkeit und auch die Basis der mit dieser Praxis verbundenen Rituale überdrüssig. Zum Desaster wurde diese Kampfstrategie im Arbeitskampf um die 35 Stundenwoche in Ostdeutschland. Angesichts der überraschenden Widerstandsfähigkeit der Arbeitgeber und dem unverhohlenen geäußerten Unverständnis der Öffentlichkeit sowie der Bundes- und Landesregierungen fanden sich die verantwortlichen Funktionäre der IG Metall mit einem Mal in der Rolle von Zauberlehrlingen, die schließlich froh sein konnten, daß endlich der zurückgekehrte Meister den Spuk mit dem erlösenden Zauberwort beendete.

Die IG Metall steht nun vor existentiellen Weichenstellungen, die darüber entscheiden, ob sie von der eigenen Basis und von den Parlamenten und Regierungen auch in Zukunft als Ordnungsmacht anerkannt wird. Sie sollte sich dabei nicht von Schalmeienklängen, daß Deutschland starke Gewerkschaften brauche, verführen lassen. Was not tut ist die Einsicht für die Grenzen der eigenen Macht.